

Rede des Ersten Stadtrates Peter Ziebarth zur

Einbringung des Haushaltsplanes 2014

am 30. Oktober 2013

Herr Stadtverordnetenvorsteher,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

zunächst ein paar Vorbemerkungen, die Sie bitte cum cranu salis verstehen wollen.

**Bei der Vorbereitung auf die diesjährige Einbringungsrede habe ich mir meine
letztjährige Rede nochmals durchgelesen und hatte kurzzeitig den Gedanken, genau die
gleiche Rede – selbstverständlich mit aktualisierten Zahlen - noch einmal zu halten.**

Dabei bewegten mich folgende Gründe:

erstens: weniger Arbeit – ein Effizienzgewinn,

**zweitens: weil nach meiner Auffassung die seinerzeitigen Aussagen nicht umgeschrieben
und korrigiert werden müssen; sie haben nach wie vor ihre Gültigkeit,**

drittens: ich vom letzten Jahr noch weiß, dass ich eine freundliche Resonanz erfuhr.

**Da ich selber immer wieder einfordere, man soll es sich nicht zu einfach machen, gilt
dies natürlich auch für mich. Also habe ich eine neue Rede verfasst, will aber nicht
verhehlen, dass ich auf einige Kernaussagen vom letzten Jahr zurückgegriffen habe.
Heute muss ich feststellen, dass meine Analysen vom letzten Jahr,**

insbesondere Investitionen aus eigener Kraft mit Eigenmitteln zu finanzieren,

Schuldenabbau zu betreiben

nur neue Schulden aufnehmen für Investitionen, die die nachfolgende Generation auch tatsächlich benötigt und deren Folgekosten die Handlungsfähigkeit für die Zukunft nicht in Gefahr bringen,

mehr denn je stimmen.

Deshalb würde ich mich freuen, wenn am Ende der Rede nicht nur ein freundlicher Applaus steht, sondern im Rahmen der bevorstehenden Haushaltsberatungen diese Thesen von ihnen nicht nur verinnerlicht, sondern auch tatsächlich gelebt werden, damit wir in Bälde wieder ausgeglichene Haushalte vorlegen können.

Zurück zum Haushalt – gemäß § 97 der Hessischen Gemeindeordnung lege ich Ihnen heute den Entwurf des Haushalts 2014 sowie das Haushaltssicherungskonzept vor.

Die Historie ist in jedem Jahr die gleiche: die Ämter wurden aufgefordert, bis zu einem Stichtag maßvolle Mittelanmeldungen der Kämmerei abzugeben, diese führte dann die Haushaltsdaten zusammen. In Einzelgesprächen mit den Ämtern wurde eruiert, ob durch etwaige Kürzungen eine Verbesserung der finanziellen Gesamtsituation erzielt werden kann. Hierzu kann ich jetzt schon sagen, dass seitens der Verwaltung grundsätzlich sowohl im Ergebnis- als auch im Finanzhaushalt wenige Kürzungsspielräume gesehen wurden.

Der Haushaltsentwurf wies bei der Beratung im Magistrat am 09. September 2013 im Ergebnishaushalt einen Fehlbetrag von 5.034.636,00 € aus, während im Finanzhaushalt im Verwaltungsentwurf zur Finanzierung der investiven Maßnahmen, Kredite in Höhe von 6.567.650,00 € nötig gewesen wären.

In der Beratung im Magistrat haben wir uns zunächst dem Entwurf des Haushaltssicherungskonzepts, welches zuvor in seiner Struktur und Darstellungsweise mit der Kommunalaufsicht seitens der Kämmerei abgestimmt wurde, gewidmet.

Hierbei schlagen wir Ihnen die Erhöhung der Gebühren für die Kindertagesstätten (+ 33.000,00 €),

die Erhöhung der Hundesteuer (+ 17.700,00),

Mehrerträge bei den Bußgeldern bedingt durch Wiederbesetzung durch zwei Stellen im Bereich der Ordnungspolizei (+ 50.000,00 €) sowie

Kürzungen der Zuweisungen für lfd. Zwecke im Bereich Sportjugendförderung (- 2.400,00 €), in der Kulturabteilung (- 900,00 €) und

der sukzessiven Beteiligung der Vereine an den Betriebskosten im Falle der Vermietung von städtischen Liegenschaften, vor.

In weiteren intensiven Gesprächen haben wir uns im Magistrat schließlich darauf verständigt, die Ansätze bei der Einkommenssteuer (+ 320.000,00 €),

der Umsatzsteuer (+ 20.000,00 €) und

der Gewerbesteuer (+ 1.120.000,00)

auf Grund der Ist-Ergebnisse zu erhöhen.

Die Beschlüsse zum Haushaltssicherungskonzept, den Korrekturen bei den genannten Steuern sowie ergangene Nachmeldungen seitens der Ämter führten schließlich dazu, dass wir den eingangs genannten Fehlbetrag im Ergebnishaushalt von 5.034.636,00 € auf einen neuen Stand in Höhe von 3.551.655,00 € reduzieren konnten. Dies entspricht einer Verbesserung von 1.482.981,00 €.

Zu weiteren Steuererhöhungen, hier nenne ich zuvörderst die Grundsteuer, die das letzte genannte Ergebnis durchaus noch hätten weiter verbessern können, haben wir uns im Magistrat nicht durchringen können, zumal wir hiervon bereits in den Jahren 2012 und 2013 bereits Gebrauch gemacht hatten.

Meine Damen und Herren, die geprüfte Eröffnungsbilanz wurde von Ihnen am 19. September 2013 beschlossen. Hiernach beträgt das Eigenkapital zum Stichtag 01. Januar 2009 rund 71.855.000,00 €. Die Eigenkapitalquote zum damaligen Zeitpunkt kann als wirklich gut bezeichnet werden. Für die Haushaltsjahre 2009 und folgende liegen naturgemäß zurzeit noch keine Jahresabschlüsse vor. Ausgehend von den Planzahlen der Jahre 2009 bis 2013 haben wir stets mit Fehlbeträgen geplant. Dieser bisher aufgelaufene Fehlbetrag wird sich durch den erneuten geplanten Fehlbetrag für das Haushaltsjahr 2014 auf mittlerweile rund 33.000.000,00 € erhöhen.

Trotz aller Sparmaßnahmen, die wir in den letzten Jahren ergriffen haben bzw. derer, die wir Ihnen im Zusammenhang mit dem vorgelegten aktuellen Haushaltssicherungskonzept vorschlagen, ist es uns abermals nicht gelungen, den Ergebnishaushalt auszugleichen. Das Szenario, das mit § 25 GemHVO einhergeht, wollen Sie bitte auf dem Deckblatt des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2014, das von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei erarbeitet wurde, noch einmal nachvollziehen. Hiernach wurden die geplanten Fehlbeträge der Jahre 2009 bis 2014, da diese bislang nicht ausgeglichen wurden, mit dem vorhandenen Eigenkapital zum Stand 01. Januar 2009 verrechnet. Demnach dürften wir somit rechnerisch gesehen innerhalb von nur sechs Jahren unser Eigenkapital um 45,93 % verbraucht haben.

Dieser Werteverzehr beim Eigenkapital kann und darf sich nicht weiter fortsetzen. Auf das Abschmelzen des Eigenkapitalsockels hatte ich auch im letzten Jahr mahnend hingewiesen.

Ich frage mich daher: „Wohin steuern wir, wenn es keine Umkehr im politischen Denken und Handeln gibt?

Wie lange sind wir bei dauerhaften strukturellen Defiziten noch in der Lage, unsere städtischen Einrichtungen zu unterhalten?

Sollen oder müssen wir in naher Zukunft, wie bereits in anderen Kommunen bereits geschehen, städtische Einrichtungen gar schließen?

Ich fordere Sie daher alle eindringlich auf, in den bevorstehenden Haushaltsberatungen alle Möglichkeiten zur Verbesserung dieses Haushaltsergebnisses

auszuloten und sich dafür einzusetzen, die finanziellen Rahmenbedingungen insbesondere im Ergebnishaushalt weiter zu verbessern.

Das wäre normalerweise der Schlusssatz zum Thema Ergebnishaushalt gewesen.

Aber: am 21.10.2013 erreichten uns die neuen Orientierungsdaten des HMdF, die uns bis ins Mark treffen. Durch niedrigere Schlüsselzuweisungen, höhere Kompensationsumlage sowie höhere Kreis- und Schulumlage verschlechtert sich der Fehlbetrag von 3.551.665,00 € auf nunmehr 5.413.883,00 €.

Das muss man erst einmal auf sich wirken lassen. Die Einsparbemühungen, die wir im Magistrat erzielt hatten, wo sind sie geblieben ?

Ich komme nun zum Finanzhaushalt. Dieser beinhaltete zunächst bei der Zusammenstellung wieder eine lange Liste von Maßnahmen, die von den Ämtern als notwendig eingestuft wurden, die aber letztlich, weil nicht finanzierbar, im Magistrat keine Berücksichtigung für 2014 finden konnten. In dieser ersten Version hätten wir, wie eingangs bereits geschildert, insgesamt 6.567.650,00 € Fremdmittel benötigt, um die angemeldeten Investitionen realisieren zu können. Vor dem Hintergrund, dass uns seitens der Aufsichtsbehörde hierfür die Genehmigung versagt würde, haben wir Kürzungen vorgenommen und diverse Vorhaben auf spätere Jahre verschoben. Hierdurch konnten wir letztlich erreichen, dass der Gesamtbetrag an Krediten auf insgesamt 1.728.177,00 € gesenkt werden konnte.

Trotz dieser Kürzungen haben wir uns im Magistrat auf folgende Schwerpunkte verständigt:

Investitionszuschüsse für die Evangelische Kindertagesstätte Kaiserstraße sowie für die Katholische Kindertagesstätte St. Jakobus in Höhe von 399,7 T €

Kunstrasenplatz und Lärmschutzmaßnahmen in Fauerbach in Höhe von 145,0 T €

Brandschutzsanierung Wetteraumuseum (Planungskosten) in Höhe von 100,0 T €

Neubau des Feuerwehrgerätehaus Ockstadt (Planungskosten) in Höhe von 100,0 T €

Sanierungsmaßnahme „Altstadt“ 300,0 T €

Ortsdurchfahrten Dorheim und Ockstadt, Friedberger Str. insgesamt 710,0 T €

Gehwege Housing Area 120,0 T €

Regionalparkroute (Baukosten) 290,0 T €

Gewerbegebiet Friedberg West (Endausbau Stichstraßen), Erschließung Baugebiet „Am Steinernen Kreuz“ (Baustraße),

Stadtteil Bruchenbrücken (Linksabbiegerspur) sowie

Endausbau Heidenstockweg

775,0 T €

Urnenstelen auf den Friedhöfen

100,0 T €

Weitere Maßnahmen sind im Einzelnen im Vorbericht näher erläutert. Diesen empfehle ich wieder Ihrer geschätzten Aufmerksamkeit.

Gestatten Sie mir zum Ende noch ein Zitat eines Sparkassenvorstandes, welches ich kürzlich in einer Fachzeitschrift gelesen habe, das aber sehr zum Umgang der Politik mit öffentlichen Geldern passt:

„Vieles im Leben ist wünschenswert. Nicht alles davon ist nötig. Noch weniger davon ist unbedingt nötig. Allerdings ist nicht alles, was unbedingt nötig erscheint, machbar und nicht alles hiervon ist sinnvoll.“

Wenn Sie jetzt in die Beratung des Haushaltes 2014 gehen, denken Sie bitte immer daran: Ob der Fiskalpakt jetzt schon greift oder nicht – es geht bei dem Haushalt um den Umgang mit unser aller fremden Geld!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung